



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 20/81

Berlin

14. Mai 1981

48. Jahrgang

Schwierige Einkommenslage der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft

Trotz aller Bemühungen der offiziellen Agrarpolitik, die Sonderstellung des Agrarsektors zum Beispiel durch Marktinterventionen, Außenhandelsprotektion, Steuerprivilegien und Grenzausgleich aufrechtzuerhalten, läßt es sich nicht verhindern, daß die allgemeine konjunkturelle Krisensituation der Europäischen Gemeinschaften auf die Landwirtschaften der Mitgliedsländer durchschlägt.

Das Wirtschaftswachstum in der EG hat sich kräftig abgeschwächt; es fiel von 3,4 vH im Jahr 1979 auf 1 vH 1980; für das laufende Jahr ist mit einer Schrumpfung des Sozialprodukts um 1 vH zu rechnen¹. Die Inflationsrate hatte sich 1980 gegenüber 1979 wieder erhöht und betrug im Jahres- und Länderdurchschnitt rund 11 vH (1979: 9 vH); für das laufende Jahr dürfte sie durchschnittlich 9 bis 10 vH betragen. Begleitet wird diese Entwicklung von steigender Arbeitslosigkeit und Stagnation im privaten Verbrauch u. a. von Nahrungsmitteln.

Gleichwohl ist die Landwirtschaft weit weniger von Betriebsschließungen betroffen als manche anderen Wirtschaftszweige. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft nimmt in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation nicht mehr so stark ab wie vorher². Auch ist die Abwanderung aus der Landwirtschaft generell gesunken. Der durchschnittliche jährliche Rückgang im Arbeitskräfteeinsatz in der EG-Landwirtschaft belief sich von 1968 bis 1979 auf 3,6 vH. 1979, im jüngsten Jahr mit für alle neun EG-Staaten vergleichbaren statistischen Daten, reduzierte sich diese Rate auf 2,5 vH gegenüber dem Vorjahr³.

Erste Schätzungen für das Jahr 1980 beziffern den Rückgang des betrieblichen Arbeitseinsatzes in der Bundesrepublik gegenüber 1979 auf nur noch 1,5 vH; im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1979 hatte der Rückgang noch 4,7 vH betragen⁴. Diese Entwicklung dürfte vor allem Ausdruck der generellen Arbeitsmarktsituation sein, die es verhindert, daß alle abwanderungswilligen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte einen anderen Erwerb finden. Auf diese Weise wirkt sich die gesamtwirtschaftliche Situation in einem schwächeren Produktivitätsanstieg oder sogar in einem Produktivitätsrückgang der Landwirtschaft aus.

Dies ist für die gegenwärtige und künftige sektorale Einkommensentwicklung gravierend. Das Real-

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1981. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/81. Zu einer ähnlichen Beurteilung gelangte die Kommission der EG. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vorschlag der Kommission zur Festlegung der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu einigen flankierenden Maßnahmen (1981/82), Teil 1. KOM (81)50 endg. vom 23. 2. 1981.

² Vgl. Eurostat: Agrarstatistisches Jahrbuch 1980, S. 58 ff. In der Bundesrepublik ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1980 gegenüber dem Vorjahr mit rund 13 000 nur noch um rund 1,5 vH zurück. Im Zeitraum zwischen 1970 und 1980 waren es dagegen jährlich etwa 3 vH (vgl.: Agrar- und ernährungspolitische Bericht der Bundesregierung, 1981, Drucksache 9/140, S. 9).

³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft. Bericht 1980, S. 258.

⁴ Agrar- und ernährungspolitische Bericht, a.a.O., S. 8.

Preis- und Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft der Europäischen Gemeinschaft 1967 bis 1980

Veränderungsraten in vH

	Preise der landwirtschaftlichen Endproduktion ¹⁾			Preise der Vorleistungen ¹⁾			Realeinkommen ²⁾		
	1979/67 ³⁾	1979/76 ³⁾	1980	1979/67 ³⁾	1979/76 ³⁾	1980	1979/"66" ³⁾	1979/76 ³⁾	1980
Bundesrepublik Deutschland	3,6	-1,4	2,2	4,8	0,4	7,0	0,4	-5,7	-10,2
Frankreich	8,8	6,7	3,9	9,0	7,9	15,1	3,4	3,1	-11,7
Italien	16,3	13,2	14,2	15,9	10,1	14,2	3,8	4,0	- 5,5
Niederlande	4,0	-0,4	3,9	4,5	1,6	7,4	0,4	-2,3	- 4,9
Belgien	5,6	-1,6	1,0	6,2	0,8	7,1	2,1	-4,0	- 5,5
Luxemburg	4,8	0,9	2,5	5,2	1,9	9,1	1,8	3,7	- 4,2
Vereinigtes Königreich	17,7	5,7	5,1	21,3	9,5	11,6	1,1	-5,9	- 9,2
Irland	20,5	11,9	-2,6	20,2	10,3	14,5	6,6	2,1	-19,3
Dänemark	10,0	4,1	10,3	9,2	3,4	14,8	1,0	-0,1	-11,6
EG	9,3	5,3	6,6	9,8	6,1	12,1	2,5	0,0	- 8,9

1) Berechnet aufgrund von Angaben in Landeswährung.- 2) Meßzahlen der realen Nettowertschöpfung der Landwirtschaft zu Faktorkosten je Arbeitskraft. "1968" = Durchschnitt der Jahre 1967, 1968 und 1969.- 3) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Bericht 1980; Eurostat, Sektoraler Einkommensindex 1980, Schnellbericht vom 16.2.1981.

einkommen der Landwirtschaft, gemessen an der um den allgemeinen Preisanstieg bereinigten Nettowertschöpfung der Landwirtschaft je Beschäftigten, ist im Zeitraum von 1968 bis 1979 in allen EG-Ländern gestiegen. Weit überdurchschnittlich war der jährliche Zuwachs in den Jahren bis zur ersten Energiekrise (1973); von da an wirkten sich die gesamtwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Land zu Land äußerst unterschiedlich auf die Einkommensentwicklung aus. Insbesondere von 1976 an sind deutliche Divergenzen in den Trends der Realeinkommen festzustellen. Während in der Bundesrepublik, den Niederlanden, in Belgien und Großbritannien das Realeinkommen durchweg zurückging, nahm es in Frankreich, Italien, Luxemburg und Irland zunächst noch zu. In Luxemburg und Irland fallen die Einkommen real seit 1978, in Frankreich und Italien seit 1979. Die Entwicklung im Jahre 1980 ist schließlich, wie die Tabelle zeigt, in allen EG-Ländern negativ.

Nun zeichnet aber die Darstellung der Nettowertschöpfung ein zu düsteres Bild von der Situation des Landwirtschaftssektors. Sie spiegelt nämlich nur jene Größen wider, die sich messen lassen. Keineswegs ist sie ein hinreichender Indikator für die soziale Lage in der Landwirtschaft. Insbesondere bleibt unberücksichtigt, daß die Landwirtschaft

— häufig nur schwer erfaßbare — außerlandwirtschaftliche Einkünfte erzielt, daß sie infolge ihrer erheblichen Vermögenswerte einkommensgleiche Vorteile (kostengünstiger Wohnraum und Eigenverbrauch) erzielt und daß sie auch steuer- und sozialrechtliche Erleichterungen genießt.

Unter dem Eindruck hoher Inflationsraten, die das Kostenniveau der landwirtschaftlichen Produktion kräftig steigen ließen und sich damit unmittelbar negativ auf das Einkommen aus landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit auswirkten, hatten die europäischen Bauernverbände im Frühjahr dieses Jahres eine Anhebung der administrierten Erzeugerpreise um rund 15 vH gefordert. Als Kompromiß zwischen den Vorstellungen der einzelnen nationalen Regierungen, die mehr oder weniger von den Verbandsinteressen beeinflußt waren, und den Vorschlägen der EG-Kommission für die Erzeugerpreisanhebung, die unter Einschluß der „flankierenden Maßnahmen“, d. h. der Erzeugermitverantwortungsabgabe, mit rund 8 vH erheblich unter der berufsständischen Forderung lagen, kam schließlich eine Anhebung der Stützpreise von durchschnittlich 9,6 vH zustande.

Hinter dieser durchschnittlichen Erhöhung des Stützpreisniveaus verbergen sich national unterschiedliche Werte, denn es sind, wie schon in frühe-

Streuung des Reineinkommens¹⁾ in den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschafts- jahr	Reineinkommen je Familienarbeitskraft in D-Mark				Verhältnis des unteren zum oberen Quartil
	Betriebe insgesamt	oberes	unteres	Absoluter Abstand	
		Viertel aller Betriebe (Quartil)			
1969/70	13 161	27 355	4 504	22 851	1:6,1
1971/72	16 480	35 736	5 403	30 333	1:6,6
1972/73	19 577	40 155	7 547	32 608	1:5,3
1973/74	19 485	40 937	6 755	34 182	1:6,1
1974/75	21 010	42 808	7 033	35 775	1:6,1
1975/76	25 263	58 687	9 860	48 827	1:6,0
1976/77	21 842	53 179	6 097	47 082	1:8,7
1977/78	24 084	55 062	8 307	46 755	1:6,6
1978/79	24 780	58 120	9 243	48 877	1:6,3
1979/80	24 309	57 823	7 586	50 237	1:7,6

1) Reineinkommen ist die Differenz zwischen Unternehmensertrag und Unternehmensaufwand.

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung, verschiedene Jahrgänge.

ren Jahren, durch den weiteren Abbau des Grenz-
ausgleichs länderweise unterschiedliche und den
inflationistischen Rahmenbedingungen angepaßte Preis-
anhebungen beschlossen worden.

Insgesamt dürfen deshalb von der diesjährigen
Preisrunde kaum Realeinkommenssteigerungen zu
erwarten sein; insoweit wäre auch der Anreiz zu
einer weiteren Produktionsausweitung als nur gering
zu veranschlagen. Es wurden aber keine Signale
gesetzt für einen rigorosen Abbau von über den
Markt nicht verwertbarer Überproduktion. Die EG-
Agrarpolitik bleibt deshalb in dem Dilemma einan-
der widerstreitender Zwänge: EG-Haushalt und die
auf verschiedenen Märkten nach wie vor bestehende
 berschu lage verlangen nach einer gemäßigten
Preispolitik, während die Einkommensanspr che der
Landwirtschaft — zumal bei anhaltender Verteue-
rung der Betriebsmittel — zu deutlichen Agrarpreis-
anhebungen führen müßten.

Es erscheint als unausweichlich, daß über eine
Steigerung der Produktivität der Spielraum für Ein-
kommensverbesserungen wieder erweitert wird. Dies
kann nur über eine zunehmende Abwanderung von
Arbeitskräften aus der Landwirtschaft geschehen.
Zwar könnte von 1982 an auch eine sich dann
belebende gesamtwirtschaftliche Konjunktur dazu
beitragen. Dem steht jedoch ein verschärfter demo-
graphischer Druck auf die Arbeitsmärkte gegenüber.
Die Agrarpolitik ist daher aufgerufen, nicht allein
auf die autonome Abwanderung zu vertrauen, son-

dern diesen Prozeß finanziell zu forcieren. Es sollte
deutlich sein, daß in dem Maße, wie diese fällige
Umstrukturierungspolitik aus arbeitsmarktpolitischen
Erwägungen heraus unterbleibt, auch die dann f lli-
gen einkommenssichernden Zahlungen an die Land-
wirtschaft nicht diesem Sektor angelastet werden
können. Beides zugleich, forcierte Abwanderung
und Einsparungen bei den Finanztransfers, ist aus
sozialpolitischen Gründen nicht zu haben.

Mit der Einkommensentwicklung ging eine Ver-
schlechterung der intrasektoralen Einkommensvertei-
lung einher. Die Einkommensunterschiede nehmen
innerhalb der Landwirtschaft auf den verschieden-
sten Ebenen zu⁵. Dieses ist unter anderem darauf
zurückzuführen, daß dem strukturellen Anpassungs-
bedarf der Landwirtschaft nicht durch eine ad quate
Agrarstrukturpolitik entsprochen wird. Im Gegenteil,
durch die Preispolitik wird sogar Anpassungsbedarf
neu geschaffen. Besonders auffällig ist die Vergr -
 erung der Disparität der landwirtschaftlichen Ein-
kommen zwischen den europäischen Regionen⁶.
Innerhalb der deutschen Landwirtschaft hat sich die
Streuung der Einkommen der Vollerwerbsbetriebe
ebenfalls eher verstärkt, wobei in Jahren mit ung n-

⁵ Vgl. Zur Reform der Agrarpolitik. Bearb.: Peter Hru-
besch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/1980, S. 510.

⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die
Regionen Europas. Erster Periodischer Bericht über die
soziale und wirtschaftliche Lage in den Regionen der
Gemeinschaft. KOM (80)816 endg. vom 7. 1. 1981.

stiger Entwicklung der Durchschnittseinkommen die Streuung offenbar stärker ist als in günstigen Jahren. Bezogen auf die Agrarstruktur bedeutet dies, daß Kleinbetriebe mit geringem landwirtschaftlichen Einkommen relativ stärker betroffen sind als große Betriebe. Hier muß die Agrarstrukturpolitik ansetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß — auch bei insgesamt schwieriger Arbeitsmarktlage — die Aufgabe unrentabler Kleinbetriebe wieder forciert wird.

Die Konkurrenz der landwirtschaftlichen Betriebe untereinander — und damit der Druck auf die kleinen und mittleren Betriebe — ist z. B. dort besonders stark, wo Großbetriebe aufgrund der relativ billigen Importfuttermittel ihre Produkte — Milch

und Rindfleisch —, die ursprünglich flächengebunden erzeugt wurden, nunmehr z. T. völlig flächenunabhängig herstellen können. Hier wäre zu prüfen, ob auf EG-Ebene durch eine Begrenzung des Bestands der je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu haltenden Milchkühe bzw. zu mästenden Rinder nicht nur ein — im Vergleich zu Nichtvermarktungsaktionen — wirksamerer Abbau von Überschüssen zu erzielen wäre, sondern darüber hinaus eine Egalisierung der hohen innerlandwirtschaftlichen Disparitäten. Der Verzicht auf weitere Industrialisierung der tierischen Veredlung geht zwar zu Lasten einer „optimalen“ Kostenstruktur. Ihre Rechtfertigung zöge eine solche Regelung aber daraus, daß schwerwiegende ökologische Belastungen vermieden würden, die mit der Massentierhaltung verbunden sind.

Endnachfrage und Beschäftigung 1962 bis 1980

Grundlage dieses Berichts sind Untersuchungen, die im Rahmen der Strukturberichterstattung über die Zusammenhänge zwischen der sektoralen Produktions- und Beschäftigungsstruktur einerseits und den Bereichen der Endnachfrage andererseits durchgeführt worden sind¹. Eine konsistente Analyse war für die Bundesrepublik Deutschland bisher nur für Perioden möglich, für die Input-Output-Tabellen zur Verfügung stehen. Auf eine Verlaufsanalyse, die auch Jahre einschließt, für die keine Input-Output-Tabellen vorliegen, kann jedoch nicht verzichtet werden, wenn konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel in der Beziehung zwischen Nachfrage und Produktion einerseits sowie zwischen Nachfrage und Beschäftigung andererseits dargestellt werden sollen.

Bruttowertschöpfung und Einfuhr

Ausgangspunkt der Analyse waren Ergebnisse der Input-Output-Rechnung für die Jahre 1962, 1972 und 1976, in denen die Summe der primären Inputs (Bruttowertschöpfung zuzüglich Vorleistungseinfuhr und Einfuhrabgaben) für 34 Wirtschaftszweige den sechs Bereichen der Endnachfrage

- Privater Verbrauch,
- Staatsverbrauch,
- Bauinvestitionen,
- Ausrüstungsinvestitionen,
- Vorratsveränderung,
- Ausfuhr

zugerechnet ist. Auf der Basis dieser Zurechnung — erfaßt sind sowohl die direkten als auch die indirekten Produktionswirkungen, die von der Endnachfrage ausgehen — ist ein Interpolationsverfahren entwickelt worden, das es erlaubt, die zeitliche Entwicklung der primären Inputs für die jeweiligen Endnachfragebereiche zu approximieren. Wird darüber hinaus auch die direkte Einfuhr für die jeweiligen Endnachfragebereiche berücksichtigt, so ist

eine unmittelbare Verknüpfung von Angebots- und Nachfragestruktur der Volkswirtschaft möglich². In Tabelle 1 sind Ergebnisse dieser Berechnungen für das Jahr 1962 und die Jahre von 1970 an zusammengestellt.

Um Aufschluß über den konjunkturellen Verlauf der Bruttowertschöpfung und der Einfuhr (hier ohne Einfuhrabgaben) für die jeweiligen Endnachfragebereiche zu gewinnen, wurde der Betrachtungszeitraum von 1962 bis 1979 in Perioden zerlegt, die jeweils durch unterschiedliche konjunkturelle Lagen gekennzeichnet sind, soweit eine solche Aufteilung auf der Basis von Jahresergebnissen möglich ist.

¹ Vgl. Werner Müller: Die zeitliche Entwicklung der Produktionsstruktur und Endnachfrage. In: Abschwächung der Wachstumsimpulse, Materialband 1 zur Strukturberichterstattung 1980, Gutachten im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin 1981, S. 371 ff.

² Die Beziehung zu den Aggregaten der Endnachfrage läßt sich herstellen, wenn neben der Bruttowertschöpfung und der Einfuhr auch der Vorsteuerabzug für Investitionen sowie der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt erfaßt werden.

Tabelle 1
Bruttowertschöpfung und Einfuhr nach Bereichen der Endnachfrage
Mrd. DM zu Preisen von 1970

	1962	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ³⁾	1979 ³⁾
Bruttowertschöpfung ¹⁾											
für die inländische Verwendung	403,84	550,48	564,73	580,18	598,75	587,49	583,26	603,39	617,73	637,15	669,26
davon											
Privater Verbrauch	211,64	291,55	301,72	310,76	319,26	322,32	326,48	332,46	342,16	353,09	360,29
Staatsverbrauch	74,28	96,61	102,86	106,29	112,75	117,29	122,17	123,68	124,01	128,95	131,40
Bruttoinvestitionen	117,92	162,32	160,15	163,13	166,75	147,88	134,61	147,25	151,56	155,11	177,57
darunter											
Bauinvestitionen	77,13	97,13	102,89	108,99	108,63	97,97	90,22	93,07	94,17	97,28	103,55
Ausrüstungsinvestitionen	35,53	51,65	53,65	52,00	53,09	46,38	44,69	45,77	48,99	51,97	56,52
für die Ausfuhr	61,69	117,27	123,31	131,66	148,10	163,33	151,86	167,77	176,16	181,83	188,63
für die Endnachfrage insgesamt	465,53	667,75	688,04	711,84	746,85	750,82	735,12	771,16	793,89	818,98	857,89
Einfuhr ²⁾											
für die inländische Verwendung	63,48	121,87	133,10	143,42	145,79	142,32	152,43	169,36	177,40	189,38	208,72
davon											
Privater Verbrauch	41,35	76,00	85,08	91,48	93,22	91,47	100,07	108,55	114,14	120,69	128,72
Staatsverbrauch	7,47	11,50	12,09	13,98	14,10	15,02	16,08	17,33	17,75	18,76	20,63
Bruttoinvestitionen	14,66	34,37	35,93	37,96	38,47	35,83	36,28	43,48	45,51	49,93	59,37
darunter											
Bauinvestitionen	5,47	10,55	12,22	13,38	13,41	12,06	12,11	13,06	13,49	15,03	18,16
Ausrüstungsinvestitionen	8,44	21,08	23,25	24,25	23,84	22,73	24,87	28,04	30,49	33,70	37,73
für die Ausfuhr	15,81	35,17	37,63	39,58	42,73	51,65	49,62	56,06	58,82	59,93	66,74
für die Endnachfrage insgesamt	79,29	157,04	170,73	183,00	188,52	193,97	202,05	225,42	236,22	249,31	275,46
Rechnungsabgrenzungsposten											
Vorsteuerabzug für Investitionen	-4,74	-7,60	-7,31	-7,39	-7,44	-6,70	-6,52	-7,33	-7,63	-8,03	-9,92
Saldo des Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	-0,16	0,25	1,02	1,02	1,16	-0,25	0,50	1,41	-0,08	2,66	2,35
Endnachfrage insgesamt											
für die inländische Verwendung	462,58	664,75	690,52	716,21	737,10	723,11	729,17	765,42	785,50	818,50	868,06
davon											
Privater Verbrauch	252,99	367,55	386,80	402,24	412,48	413,79	426,55	441,01	456,30	473,78	489,01
Staatsverbrauch	81,75	108,11	114,95	120,27	126,85	132,31	138,25	141,01	141,76	147,71	152,03
Bruttoinvestitionen	127,84	189,09	188,77	193,70	197,77	177,01	164,37	183,40	187,44	197,01	227,02
darunter											
Bauinvestitionen	81,16	105,26	112,43	119,55	119,37	107,71	100,24	103,85	105,23	109,60	118,43
Ausrüstungsinvestitionen	41,18	68,43	72,44	71,75	72,30	64,90	65,13	69,35	74,71	80,81	88,49
für die Ausfuhr	77,34	152,69	161,96	172,26	191,99	214,73	201,98	225,24	234,90	244,42	257,72
für die Endnachfrage insgesamt	539,92	817,44	852,48	888,47	929,09	937,84	931,15	990,66	1020,40	1062,92	1125,78

1) Ohne unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen. - 2) Einschließlich Einfuhrabgaben. - 3) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Input-Rechnung des DIW, Statistisches Bundesamt, Fachserie 18.

Die Ergebnisse in Form von jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten sind in Tabelle 2 wiedergegeben.

Wie das Gefälle in den Wachstumsraten von Bruttowertschöpfung und Einfuhr zeigt, hat der Anteil der Einfuhr an der gesamten Endnachfrage, zu Preisen von 1970 gerechnet, im Zeitablauf deutlich zugenommen: von 13 vH im Jahre 1962 auf über 21 vH 1979. In den einzelnen Endnachfragebereichen war die Entwicklung nicht einheitlich. Die Einfuhrquote des privaten Verbrauchs stieg von 14 auf 23 vH; rund ein Fünftel der Zunahme ist auf die Reiseausgaben der Inländer im Ausland zurückzuführen. Dem-

gegenüber nahm der Importgehalt der Ausfuhr nur von 19 vH (1962) auf gut 22 vH (1979) zu. In dieser Quote sind jedoch auch die — vom Ausland in der Bundesrepublik erzielten — Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten, die sich unterproportional erhöht haben. Bereinigt man die Einfuhrquote um diese Komponente, dann ergibt sich ein Anstieg von 12 vH auf reichlich 17 vH. Weitaus am stärksten vergrößerte sich der Anteil der Einfuhr an den Ausrüstungsinvestitionen: von knapp 19 auf 40 vH.

Deutlich sichtbar werden die Unterschiede in der Entwicklung der Einfuhr gegenüber der Bruttowert-

Tabelle 2
Bruttowertschöpfung, Einfuhr und Endnachfrage in den Konjunkturphasen¹⁾
 jahresdurchschnittliche Zuwachsraten in vH

	1963-1965	1966-1967	1968-1973	1974-1976	1977-1979 ²⁾
Bruttowertschöpfung ³⁾					
für die inländische Verwendung	4,7	0,0	4,5	0,4	3,7
darunter					
Privater Verbrauch	4,5	2,5	4,1	1,5	3,4
Staatsverbrauch	4,1	3,1	4,2	3,1	2,0
Bruttoinvestitionen					
davon					
Bauinvestitionen	5,3	-1,7	3,7	-5,0	3,1
Ausrüstungsinvestitionen	3,7	-5,1	6,7	-5,2	6,7
für die Ausfuhr	7,1	9,1	8,7	4,3	3,7
für die Endnachfrage	5,1	1,4	5,2	1,2	3,7
Einfuhr					
für die inländische Verwendung	9,0	-0,9	10,6	5,2	7,3
darunter					
Privater Verbrauch	7,9	0,8	10,2	5,2	5,8
Staatsverbrauch	6,1	3,8	6,1	7,4	6,3
Bruttoinvestitionen					
davon					
Bauinvestitionen	13,1	-7,3	12,1	-0,6	11,7
Ausrüstungsinvestitionen	10,9	-1,5	13,5	6,1	10,6
für die Ausfuhr	10,0	6,7	9,5	9,2	6,0
für die Endnachfrage insgesamt	9,2	0,7	10,4	6,2	7,0
Endnachfrage insgesamt					
für die inländische Verwendung	5,3	0,0	5,4	1,3	4,3
darunter					
Privater Verbrauch	4,9	2,0	5,2	2,3	3,5
Staatsverbrauch	4,3	3,0	4,3	3,6	2,5
Bruttoinvestitionen					
davon					
Bauinvestitionen	5,9	-2,1	4,4	-4,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen	5,3	-4,3	8,6	-1,4	8,5
für die Ausfuhr	7,4	8,8	9,2	5,5	4,6
für die Endnachfrage insgesamt	5,6	1,1	6,1	2,2	4,4

1) In Preisen von 1970. - 2) 1978, 1979 vorläufig und eigene Schätzungen. - 3) Nach Vorsteuerabzug für Investitionen.
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, eigene Berechnungen auf der Basis der Input-Output-Rechnung des DIW.

schöpfung in den beiden Rezessionsperioden. Blieb die Einfuhr in den Jahren 1966/67 noch hinter der inländischen Produktion zurück, so war dies in der Periode 1974 bis 1976 nicht mehr der Fall. Insbesondere der auf Ausrüstungsinvestitionen entfallende Teil der Einfuhr hat in jener Periode noch kräftig zugenommen, während die inländische Produktion für diesen Endnachfragebereich drastisch zurückgegangen ist.

Arbeitsproduktivität und Erwerbstätige

Die Wirkungen des Strukturwandels der Nachfrage auf die Beschäftigung hängen einerseits von der Entwicklung der inländischen Produktion für die Endnachfragebereiche, andererseits von der Entwicklung der zurechenbaren Produktivitätsfortschritte ab. Während Produktionssteigerungen zu einer Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage führen, mindern

ceteris paribus Produktivitätsfortschritte diesen Effekt. Per Saldo treten positive Beschäftigungseffekte dann auf, wenn die Produktion der Wirtschaftszweige für einen Endnachfragebereich stärker zunimmt als die Produktivität dieser Zweige. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen sowie die Entwicklung der Zahl der für die Endnachfragebereiche Erwerbstätigen in den jeweiligen Konjunkturphasen läßt sich aus Tabelle 3 ersehen.

Die Ergebnisse zeigen, daß sich der Zuwachs der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen³ selbst in Re-

³ Der Staatsverbrauch wurde hier ausgeklammert, da für den Staat als wichtigsten Produzenten staatlicher Dienstleistungen aus definitorischen Gründen Produktivitätsfortschritte nur im Ausmaß von Verbesserungen seines Stellenkegels unterstellt werden, ein Vergleich mit der übrigen Wirtschaft also nicht möglich ist.

Tabelle 3
Arbeitsproduktivität und Erwerbstätige in den Konjunkturphasen
Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten in vH

	1963-1965	1966-1967	1968-1973	1974-1976	1977-1979 ²⁾
Arbeitsproduktivität					
für die inländische Verwendung	4,7	3,2	4,5	3,1	3,0
darunter					
Privater Verbrauch	5,4	3,5	5,3	4,1	3,5
Anlageinvestitionen	4,7	3,5	4,5	3,4	3,3
für die Ausfuhr	5,1	2,9	5,3	3,7	3,3
für die Endnachfrage insgesamt	4,7	3,2	4,7	3,3	3,0
darunter					
von Unternehmen ¹⁾	5,4	3,3	5,3	3,8	3,7
Erwerbstätige					
für die inländische Verwendung	0,0	-3,1	0,0	-2,7	0,7
darunter					
Privater Verbrauch	-0,9	-1,0	-1,1	-2,5	-0,2
Staatsverbrauch	1,8	0,9	1,6	1,9	0,7
Anlageinvestitionen	0,2	-5,9	0,1	-8,2	0,1
für die Ausfuhr	1,9	6,0	3,2	0,5	0,4
für die Endnachfrage insgesamt	0,3	-1,8	0,5	-2,1	0,6

1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) 1978, 1979 vorläufig.
Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Input-Output-Rechnung des DIW.

zessionsperioden nur wenig abgeschwächt hat. Die Streuung der Arbeitsproduktivität über die Endnachfragebereiche ist gering, verglichen mit den erheblichen Ausschlägen im Wachstum der jeweiligen Bruttowertschöpfung. Schwankungen im Auslastungsgrad der sektoralen Produktionspotentiale wurden somit zu einem erheblichen Teil an den Arbeitsmarkt weitergegeben.

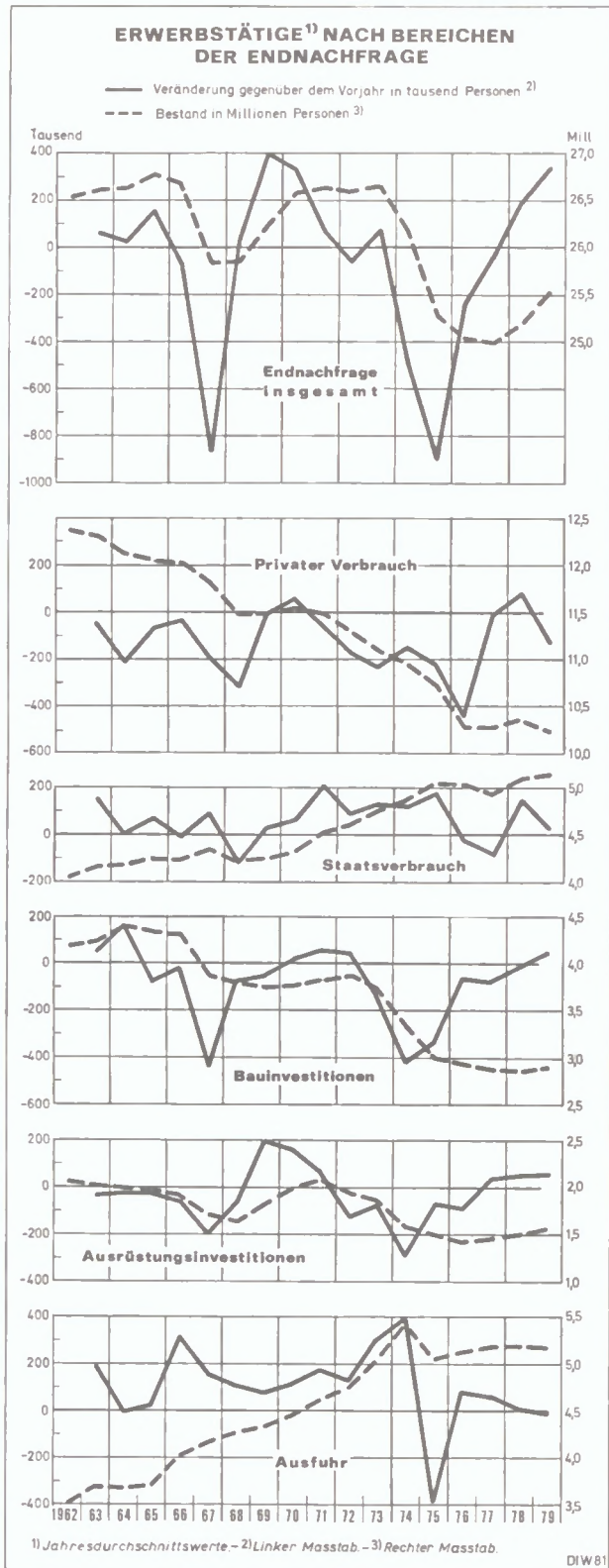
In der Aufschwungsperiode 1977 bis 1979 wurde die Beschäftigung wie schon in den früheren Aufschwungsphasen wieder — wenn auch nur leicht — ausgeweitet, trotz erheblich geringerer Zuwachsraten in der Produktion. Der Zuwachs in der Zahl der Erwerbstätigen ging allerdings einher mit einem im Vergleich zur vorangegangenen Rezessionsperiode geringeren Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Tabelle 4
Arbeitsmarktwirkungen der Entwicklung von Nachfrage und Produktion

Veränderung der Zahl der für die Bereiche der Endnachfrage Erwerbstätigen in Teilperioden der konjunkturellen Entwicklung

	1963-1965	1966-1967	1968-1973	1974-1976	1977-1979	1980
in 1000 Personen						
Privater Verbrauch	- 330	- 230	- 730	- 810	- 50	.
Staatsverbrauch	+ 220	+ 80	+ 420	+ 280	+ 100	.
Bruttoinvestitionen	+ 140	- 1 260	+ 260	- 1 170	+ 380	.
davon:						
Ausrüstungen	- 100	- 260	+ 150	- 450	+ 150	.
Bauten	+ 130	- 460	- 120	- 810	- 30	.
Inländische Nachfrage insgesamt	+ 30	- 1 410	- 50	- 1 700	+ 430	.
Ausfuhr	+ 200	+ 460	+ 880	+ 80	+ 60	.
Beschäftigte insgesamt	+ 230	- 950	+ 830	- 1 620	+ 490	+ 220
Erwerbspersonenpotential	+ 230	- 380	+ 530	- 420	+ 300	+ 220
Arbeitslose und stille Reserve	0	+ 570	- 300	+ 1 200	- 190	0

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Input-Output-Rechnung des DIW; Angaben des IAB.



Bis 1973 war das Wachstum der inländischen Produktion ausreichend, um produktivitätsbedingte negative Effekte auf die Zahl der Erwerbstätigen auszugleichen. Wie das Schaubild zeigt, wurde der

starke Rückgang der Erwerbstätigenzahl im Jahre 1967 (minus 870 000) in den Jahren 1969/70 (plus 730 000) fast ganz wettgemacht. Völlig anders stellt sich die Situation nach der Rezession in den Jahren 1974 bis 1976 dar. Einem Rückgang von 1 620 000 Erwerbstätigen steht lediglich ein Anstieg von 490 000 in der nachfolgenden Aufschwungphase 1977 bis 1979 gegenüber (vgl. Tabelle 4).

Hinter dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbergen sich erhebliche Strukturverschiebungen zwischen den Endnachfragebereichen. Ins Auge fällt, daß insbesondere der private Verbrauch im Zeitablauf ständig weniger Erwerbstätige beansprucht hat, während der Bedarf bei der Ausfuhr und dem Staatsverbrauch zunahm. Dieser Verlauf beim privaten Verbrauch ist in erster Linie auf die Entwicklung der inländischen Produktion von Konsumgütern und nur zum geringeren Teil auf den Anstieg der Importquote zurückzuführen.

Bei den Bauinvestitionen waren die negativen konjunkturellen Einflüsse stets größer als die positiven, so daß von diesem Nachfragebereich von 1962 bis 1979 relativ sogar noch größere Beschäftigtenrückgänge ausgelöst worden sind (− 31 vH) als vom privaten Verbrauch (− 17 vH). Das gleiche gilt für die Ausrüstungsinvestitionen in der Zeit nach 1971. Demgegenüber waren die Zuwachsraten in den Nachfragebereichen Staatsverbrauch und Ausfuhr bis 1974 so groß, daß die Beschäftigtenrückgänge in den übrigen Nachfragebereichen kompensiert wurden. Dies gilt indes nicht mehr für die Zeit danach, so daß die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um mehr als 600 000 zurückging.

Die stärksten Beschäftigungseinbrüche beim privaten Verbrauch waren in den Jahren 1968 und 1976 zu verzeichnen. Positiv auf die Beschäftigung wirkte aber in beiden Jahren ein kräftiger Lageraufbau. Bis 1974 waren von der Ausfuhr in jedem Jahr positive Beschäftigungseffekte ausgegangen. 1966 hatte der Beschäftigtenzuwachs, der vom Wachstum der Ausfuhr ausgelöst wurde, verhindert, daß die Beschäftigung in diesem Jahr insgesamt noch stärker zurückging. 1967 hat die abgeschwächte Wachstumsdynamik bei der Ausfuhr jedoch nicht mehr ausgereicht, den Einbruch bei den Anlageinvestitionen aufzufangen. Auch in den Jahren 1973/74 hat die Entwicklung der Ausfuhr einen frühzeitigen bzw. kräftigeren Rückgang der Erwerbstätigenzahl verhindert. Der expansive Schub, der 1974 zu der bis dahin größten Zunahme der Zahl der für die Ausfuhr Erwerbstätigen geführt hatte, war jedoch nur von kurzer Dauer. Ein Jahr später kehrte sich diese Entwicklung um. Die Beschäftigungseinbußen der für die Ausfuhr Tätigen von knapp 400 000 im Jahr 1975 sind auch von der Entwicklung in der Zeit danach

nicht wieder aufgeholt worden. Mit einem Plus von 140 000 wurde bis 1979 nicht einmal die Hälfte des Rückgangs der für die Ausfuhr Beschäftigten wettgemacht, die sich 1975 ergeben hatte.

Ausblick

Bei kaum noch steigender Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen wurde 1980 die Zahl der Erwerbstätigen nochmals ausgeweitet (+ 220 000). Zieht man als Erfahrungswerte die Produktions- und Produktivitätsentwicklung für die Endnachfragebereiche in der Vergangenheit heran, dürfte dieser Zuwachs von der Ausfuhr, den Investitionen und dem Staatsverbrauch getragen worden sein. Die Produktion für den privaten Verbrauch hat vermutlich weiterhin weniger Erwerbstätige beansprucht. Per Saldo konnten damit

jedoch noch immer nicht viel mehr als 40 vH des Beschäftigtenrückgangs in der Rezessionsperiode 1974 bis 1976 ausgeglichen werden.

Bezieht man die Entwicklung des Angebots von Arbeitskräften in die Betrachtung ein, so zeigt sich, daß das Erwerbspotential in den beiden Perioden 1968 bis 1973 bzw. 1977 bis 1980 jeweils um rund 500 000 Personen zugenommen hat. Während jedoch in der Aufschwungsperiode 1968 bis 1973 der Beschäftigtenzuwachs groß genug war, um die entstandene Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt um mehr als die Hälfte zu reduzieren, konnte seit 1977 der vorangegangene Anstieg von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve in der Größenordnung von 1,2 Mill. nur zu einem geringen Teil (190 000) wettgemacht werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Schwierige Einkommenslage der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Bearbeitet von Peter Hrubesch. —

Endnachfrage und Beschäftigung 1962 bis 1980. Bearbeitet von Werner Müller.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —